

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Birgit Stöver, Prof. Dr. Götz Wiese,  
Dennis Thering, Silke Seif (CDU) und Fraktion**

### **Betr.: Hamburgs Universitäten und Hochschulen in Not**

Wissenschaft und Forschung sind elementar für die Zukunftsfähigkeit der Hansestadt. Eine exzellente Wissenschaft braucht eine solide Finanzierung. Mit den Zukunftsverträgen des letzten Jahres sollte diese auf sieben Jahre gesichert sein. Ein jährlicher Aufwuchs von 3 Prozent in der Finanzierung (bei genauer Betrachtung de facto nur 2 Prozent für die Grundfinanzierung) wurde verkündet, und zumindest der Senat sah die Universitäten und Hochschulen bestens gerüstet für die Zukunft. Die Präsidenten unterschrieben die Verträge und handelten in einer Weise, die unmittelbar deutlich machte, dass ihre finanzielle Situation nicht substanziell besser geworden war. Wenige Wochen nach der Unterschrift kursierte beispielsweise die erste Streichliste von der Universität Hamburg, fast 1.600 Studienplätze standen zur Streichung an. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Hamburger Hochschulen war also nach wie vor massiv eingeschränkt. Das verwundert nicht: Sämtliche finanziellen Altlasten und strukturellen Defizite wurden aus der Betrachtung ausgeschlossen und müssen mitgeschleppt beziehungsweise abgebaut werden.

Im November 2021 wurde mit dem Tarifabschluss für den Tarifvertrag der Länder (TV-L) eine Tarifierhöhung von 2,8 Prozent ab dem 1. Dezember 2022 und die Zahlung einer Corona-Prämie in Höhe von 1.300 Euro festgelegt. Dies gilt es auch für die Hochschulen umzusetzen. In dem vereinbarten Aufwuchs von 3 Prozent ist die Übernahme der Tarif- und Inflationssteigerungen bis zu einer Höhe von 2 Prozent enthalten (vergleiche <https://www.hamburg.de/bwfgb/14876136/hochschulvereinbarungen-2021-2027/>), die Differenz muss aus den Haushalten der Universitäten und Hochschulen bestritten werden. Vor dem Hintergrund der aus der Vergangenheit mitgeschleppten strukturellen Defizite und der tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltskostensteigerungen lässt sich leicht erkennen, dass die Hamburger Hochschulen keineswegs neuen finanziellen Spielraum gewonnen haben. Hinzu kommen gestiegene Energiepreise und inflationsbedingte Preissteigerungen in vielen Kostenbereichen. Das strukturelle Defizit der TU Hamburg ist seit Jahren bekannt, die Situation der HAW entwickelt sich anscheinend in die gleiche Richtung, die bereits bekannt gewordenen Maßnahmen der UHH deuten ebenfalls auf sich entwickelnde oder bereits bestehende Defizite hin.

Um den Defiziten entgegenzuwirken, werden in den Universitäten und Hochschulen die Sparmaßnahmen derzeit verschärft: Professuren bleiben erst einmal unbesetzt, die Sachkostenbudgets schrumpfen drastisch, Tutorien werden eingestellt und so weiter. Das alles wird nicht ausreichen, um die strukturellen Defizite auszugleichen. Rückstellungen, die einige gebildet hatten, sind bereits in den Vorjahren aufgelöst worden – sie können zum Ausgleich des Defizits nicht mehr eingesetzt werden. Auf der anderen Seite stehen Universitäten und Hochschulen eher größeren Aufgaben gegenüber: Vier Semester Pandemie haben ihre Spuren hinterlassen, auch wenn pandemiebedingte Mehrkosten (Hygiene, Testen, IT, Sicherheit et cetera) aus Corona-Mitteln ausgeglichen worden sind. Viele praktische Unterrichtseinheiten sind ausgefallen, viele Studierende haben aus verschiedensten Gründen ihr Studium nur auf „Sparflamme“ fortgesetzt und drängen jetzt zurück, Lücken sind entstanden, Seminare müssen nachgeholt werden: Der Aufwand für Lehre steigt, mehr Lehrstun-

den, mehr Personal wären nötig – stattdessen werden Stellen abgebaut oder nicht besetzt, Tutorien gestrichen und dringend benötigte Materialien für praktische Übungen können nicht mehr bestellt werden. Aber die BWFGB möchte ausgeglichene Wirtschaftspläne von den Universitäten und Hochschulen sehen – den Preis dafür zahlen die Studierenden und die Beschäftigten der Hochschulen. Statt eines großen Aufbruchs und umfassender Unterstützung des endlich wieder in (fast) vollem Umfang aufzunehmenden Studienbetriebs im Sommersemester, werden die Präsidenten und Kanzlerinnen und Kanzler massiv in eine Mangelwirtschaft getrieben.

Die CDU-Fraktion fordert den Senat auf, den Universitäten und Hochschulen in Hamburg in den nächsten drei Semestern alle notwendige (finanzielle) Unterstützung zukommen zu lassen, um den Lehrbetrieb wieder in vollem Umfang stattfinden zu lassen und zusätzliche Angebote zur Kompensation von Versäumnissen und Lücken anzubieten.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. in engem Austausch mit den Universitäten und Hochschulen nachhaltige Lösungen für die Bewältigung der strukturellen Defizite zu entwickeln;
2. den Hamburger Hochschulen die Mehrkosten durch den Tarifabschluss auszugleichen und dies in vollem Umfang auch für zukünftige Tarifvertragsabschlüsse zu übernehmen und
3. hierfür die nötigen finanziellen Mittel in den Haushaltsbeschlüssen der nächsten Jahre bereitzustellen;
4. der Bürgerschaft erstmals zum 30.06.2022 und dann über den Fortgang der Beratung halbjährlich zu berichten.